

Kommt Rot-Blau?

Immer mehr bieder sich die SPÖ an die FPÖ an. Schritt für Schritt werden Tabus abgebaut, um den Weg zu einer Koalition zu bahnen. Was auf als Kurswechsel erscheint, ist aber schon lange Praxis: FPÖ-Forderungen werden von SPÖ-MinisterInnen umgesetzt und auf Landes- und Gemeindeebene gibt es rot-blaue Koalitionen schon lange. **Seite 2**

Britannien nach den Wahlen

Der britische Kapitalismus steckt in einer schweren Krise. Mit dem Sieg Jeremy Corbys als Vorsitzender der Labour Party hat die brodelnde Wut der Nichtprivilegierten einen Ausdruck gefunden. Über mögliche Folgen und Chancen sozialistischer Politik in Großbritannien berichtet Paul Hunt von der Socialist Party England & Wales. **Seite 12**

Schwerpunkt

Krisen, Kriege, Terror und Armut: Der Kapitalismus bringt die Gesellschaft an den Rand des Abgrunds. Doch SozialistInnen kämpfen weltweit gegen Ausbeutung und Unterdrückung. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 260 | 07/08.17

Widerstand gegen die Parteien der Reichen!

Der Wahlkampf hat begonnen. Die etablierten Parteien werden zu Recht als Teil des Problems und nicht der Lösung gesehen und versuchen sich „neu“ aufzustellen. Doch ein bisi türkis, kantige Sprüche oder „hippe“ Fotos ändern nichts.

Die FPÖ schreibt auf Plakaten „Sonst wird sich nie was ändern“. Das trifft die Stimmung, weil viele zu Recht unzufrieden sind. Doch die Freiheitlichen werden es nicht besser machen, sondern noch schlimmer. Die Bemühungen der Freiheitlichen, sich der Wirtschaft anzudienen, sowie ihre unsoziale



sen wir uns auf die eigenen Füße stellen. Organisieren wir gemeinsam den Widerstand gegen die Kürzungspläne im Gesundheitswesen und bei den Pensionen. Protestieren wir gegen größere Klassen und fehlende Jobs. Fordern wir das Geld der Reichen, damit niemand in Armut leben muss. Um unsere Zukunft zu verändern, müssen wir dieses System über den Haufen werfen und durch ein demokratisches System ersetzen, in dem Menschen und nicht Profite im Zentrum stehen. Wenn du also willst, dass sich etwas ändert, dann werden mit uns aktiv! **Sonja Grusch**

Werde aktiv für Jobs, Wohnungen & Soziales für Alle! Für eine echte, eine sozialistische Alternative!

und rassistische Praxis in Oberösterreich sind eine Warnung. Blau-schwarz ist eine Gefahr. Aber auch andere Regierungskoalitionen werden die Angrif-

fe auf unsere Zukunft verschärfen.

Wer will, dass sich was ändert, muss das selbst in die Hand nehmen. Die Reichen und Mächtigen haben

viele Parteien und Institutionen. Sie alle stehen fest auf dem Boden des kapitalistischen Wahnsinns, der die Reichen immer reicher macht und für uns zu Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot führt. Sie erklären Kürzungen zum Naturgesetz und lassen die enormen Vermögen der Superreichen unangetastet. Sie wollen die Arbeitszeit verlängern, anstatt die Arbeitslosigkeit durch Ar-

beitszeitverkürzung bei vollem Lohn zu bekämpfen. Wenn sie von „Aufschwung“ reden, dann bedeutet das nur mehr Gewinne bei den Unternehmen. Für uns „Normalos“ sinken die Reallöhne seit Jahren – das Leben ist immer schwerer zu finanzieren. Unsere Zukunft ist durch diese Parteien und dieses System gefährdet. Es muss sich was ändern. Um das zu erreichen, müs-

Die SLP fordert:

- Nein zu allen Parteien, die nur Politik für die Reichen und Mächtigen machen!
- Geld für Bildung und Soziales statt für Banken und Konzerne!
- Schluss mit dem kapitalistischen Wahnsinn, für sozialistische Demokratie!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Was nötig ist: Eine neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm, die soziale Kämpfe führt und so die FPÖ zurückdrängt. Die Second-Best Lösung: Ein breites, kämpferisches und demokratisches linkes Bündnis, das zeigt, dass die Linke zumindest in diese Richtung arbeitet. Die SLP hat in den letzten Monaten in der linken Initiative „Aufbruch“ und darüber hinaus alles ihr Mögliche versucht, dass es auch auf der Wahlebene EIN solches Bündnis gibt. Leider erfolglos.

Was nun ist: Ein exklusives Bündnis von KPÖ und Teilen der Jungen Grünen. Wie damit umgehen? Es hätte attraktiv sein können, doch schon das geheime Zustandekommen (auch an der Mitgliedschaft vorbei), sowie die Ablehnung einer Öffnung für die vielen AktivistInnen und Organisationen, die es noch gibt, zeigt die Begrenztheit. Wieder hat die KPÖ eine Chance nicht genutzt. Eine starke Linke wird nicht

Warum die SLP bei diesen Wahlen antritt

durch den Anspruch „alle müssen sich uns unterordnen“ entstehen.

Was hilft dem Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm am meisten? Die aktive Unterstützung von aufkeimenden und ausbrechenden Protesten und Klassenkämpfen. Und die Stärkung einer sozialistischen Kraft, der es ernst ist mit dem Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei. Indem die SLP in Wien und erstmals auch in Oberösterreich antreten will, versuchen wir beides. Unser Ziel ist es, AktivistInnen aus verschiedenen Bewegungen eine politische Heimat anzubieten. Wir wollen zeigen, dass es nicht reicht, den Kapitalismus zu verbessern, sondern dass es nötig ist, ihn zu stürzen. Wir werden uns nicht an Meinungsumfragen oder Sachzwängen orientieren, sondern klar sagen, was notwendig ist. Wir wollen DICH gewinnen, mit uns zu gegen die Ungerechtigkeiten und für eine bessere, eine sozialistische Welt zu kämpfen. Das, und nicht weniger, ist notwendig. Darum tritt die SLP bei diesen Wahlen an.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Kern: Freie Bahn für Rot-Blau

SPÖ-Kanzler Vranitzky erklärte 1986, dass eine Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen ist. Mit linker Politik hatte das aber wenig zu

einer bürgerlichen Partei. Das bedeutete Kürzungspakete, Privatisierungen, EU-Beitritt und Hexenjagden gegen Linke. Enttäusch-

ihre Privilegien behalten. Sie machen den Rechtsruck mit und setzen rassistische Politik um, bis hin zu Abschiebungen in Kriegsgebiete. Das Ende der „Vranitzky Doktrin“ ist reine Formsache. Auch Vranitzky selbst gibt der Zusammenarbeit mit den blauen wieder seinen Segen. Die Folge ist, dass die FPÖ zu 100% salonfähig gemacht wird.

Das Ende eines Grundprinzips ist eine reine Formsache – so sieht Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert aus.

tun: schon die Gründung des FPÖ-Vorgängers „VdU“ wurde mit Geldern der Sozialdemokratie unterstützt, um das bürgerliche Lager zu spalten (tatsächlich verlor die SPÖ dann selbst Mandate an den VdU). Auch in eine Regierung kam die FP erstmals dank der SPÖ. Unter Vranitzkys Obmannschaft entwickelte sich die SPÖ zu

te WählerInnen der früheren ArbeiterInnenpartei gaben von nun an der FPÖ ihre „Proteststimme“.

Mit der Wirtschaftskrise brauchen die Herrschenden Sündenböcke für soziale Probleme, damit ihr Reichtum unangetastet bleibt. Sie finden sie in Flüchtlingen. SPÖ-PolitikerInnen wollen an der Macht bleiben,

Das stärkt das Selbstbewusstsein faschistischer Kräfte. Nazis und „Identitäre“ werden offensiver. Das heißt, dass Menschen verletzt werden oder sogar sterben werden. Notwendig ist eine neue Linke Kraft mit sozialem Programm, die das Vakuum, das die SPÖ hinterlassen hat, füllt – und den Rechtsextremen den Kampf ansagt.

Flo Klabacher

Rot-Blau in Linz: Größtes Kürzungspaket der Geschichte

21 Millionen Euro sollen gekürzt werden. Schließungen und Kürzungen bei Jugendzentren, Stadtteilbibliotheken, Familienzentren, Sportvereinen, Kultur, Sozialbereich, Parkgebührenerhöhungen, Abschaffung von kostenlosen Pendlerparkplätzen – das ist nur ein Teil der Angriffe, die die de-facto Rot-Blau Koalition in Linz beschlossen hat. Auf der anderen Seite stehen Budgeterhöhung für „Werbung & Repräsentation“ (Empfän-

ge und Plakatkampagnen für PolitikerInnen), Millionenförderungen für Einkaufszentren und Vereinigungen von Großkonzernen wie dem „City-Ring“ in der Innenstadt. Unsummen fließen in die Kassen von Baufirmen, wie beim Prestigeprojekt „Westring“. Mit der Zerstörung vom Andreas-Hofer-Park zugunsten einer Tiefgarage bringen Rot-Blau ihre Arroganz gegenüber ArbeiterInnen und Jugendlichen auf den Punkt.

Rot-Blau im Burgenland: Kein „kleineres Übel“ zu Schwarz-Blau



Die Kürzung der Mindestsicherung macht offensichtlich, dass eine Rot-Blau Koalition nicht „Schlimmeres verhindert“. Asylberechtigte bekommen ca. €320/Monat, plus einem willkürlich (nicht) vergebenen „Integrationsbonus“. Für Familien wird eine Deckelung von €1.500/Monat eingeführt, die besonders AlleinerzieherInnen trifft. Die Maßnahme ist eine Kopie der in OÖ von Schwarz-Blau beschlossenen Kür-

zung. Der SPÖ-Soziallandesrat Darabos ist bei der Kürzung „stolz, dass die ÖVP da mitgeht“ und im Landtag zustimmt. Auch geplant, aber nach öffentlichem Aufschrei abgeblasen, wurde der Selbstbehalt für eine Eingliederungshilfe in die Schule. Die Maßnahme hätte besonders Eltern beeinträchtiger Kinder getroffen – genau wie die teilweise Rückzahlung von Pflegegeld, die aber bestehen bleibt.



Frauenvolksbegehren 2.0? – Neue Bewegung!

Zwanzig Jahre nachdem etwa 650.000 ÖsterreicherInnen ihre Unterschrift für gleiche Rechte gaben, gibt es ein neues Frauen-

und dem Loswerden konstruierter Rollenklischees. All dies sind richtige Forderungen – doch wie und mit wem können wir sie

lige Wiener Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely, die für Kürzungen in Spitälern hauptverantwortlich ist. Das ist ein Arbeits-

vor 20 Jahren wurden von der Regierung erfüllt. Eher gab es Verschlechterungen und Einschnitte in die Rechte von Frauen. Frauenrechte können durch die Organisierung von breiten Schichten der Bevölkerung erkämpft werden. Das zeigen aktuelle Beispiele in Irland, Polen oder den USA. Dort setzten sich Tausende Frauen und solidarische Männer in Bewegung – mit Aktionen, Demonstrationen und Streiks. Tausende Menschen haben bis jetzt das Volksbegehren unterzeichnet. Das ist ein guter erster Schritt. Aber nun braucht es eine Kampagne, die Bewegungen anstößt und neue Strukturen aufbaut, um ein starkes politisches Druckmittel zu haben!

Theresa Reimer

Unterschriften sind nicht genug – Breiter Widerstand von unten kann Verbesserungen erkämpfen.

volksbegehren. Die Forderungen sind großteils dieselben: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ein Mindesteinkommen, Zugang zu Kinderbetreuungsplätzen usw. Das waren auch schon 1997 wichtige Themen. Ergänzt wurden diese um Punkte wie einen sicheren, kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung, bessere Aufteilung der unbezahlten Arbeit

erkämpfen? Für die Initiatorinnen ist auch eine Frauenquote in Aufsichtsräten entscheidend, die „Diversität“ bei Entscheidungsfindungen entstehen lassen soll. Was dabei nicht beachtet wird, ist, dass Frauen in Führungspersonen nicht unbedingt für eine fortschrittlichere Frauenpolitik eintreten. Unter den UnterstützerInnen finden sich etwa auch die ehema-

bereich, in dem vor allem Frauen arbeiten. Sie sind es meist auch, die die gekürzten Stellen im Privaten ausgleichen müssen. Verbesserungen erreichen wir nicht im Bündnis mit denen, die für Verschlechterungen verantwortlich sind! Auch das Mittel des Volksbegehrens als politisches Instrument ist zu hinterfragen: So gut wie keine Forderungen des Frauenvolksbegehrens

Frauenpolitik der etablierten Parteien in Österreich: Die wahre „Erfolgsgeschichte“

1997 gab es schon einmal ein Frauenvolksbegehren mit 11 essenziellen Forderungen. Nur 2 wurden erfüllt. Prominente Unterstützung von SPÖ und Grünen ist mehr als heuchlerisch: sie sind es, die Gesundheitsreformen durchboxen und als persönliche Erfolge feiern, obwohl diese zu Kürzungen und Verschlechterung in typischen "Frauenberufen" führen.

www.standard.at

Typische "Frauenberufe" im Sozial- und Gesundheitsbereich sind seit der Schaffung dieser Arbeitsplätze unterbezahlt und es wird nicht besser. Die Angehörigenpflege wird zumeist von Frauen erledigt. Zum einen, weil dies gesellschaftlich erwartet wird. Zum anderen, weil sie „eh weniger verdienen“. Dies sind nur 2 Erklärungen, warum in Österreich 568.000 (13%) Frauen von Einkommensarmut betroffen sind.

www.armutskonferenz.at

Gewalt an Frauen in Österreich – lassen wir hier mal die Zahlen sprechen: 3 von 4 Frauen werden sexuell belästigt. Jede 3. Frau wird Opfer von sexueller Gewalt. 42,8% leiden langfristig psychisch oder physisch unter den Folgen sexueller Gewalt. Nicht einmal jede 10. Vergewaltigung wird zur Anzeige gebracht und nicht einmal jede 5. Anklage führt zur Verurteilung.

www.frauenberatung.at

"Erfolge im Nationalrat. Das hilft den Frauen." so betitelt die SPÖ ihre "Erfolgsliste" kürzlicher "Verbesserungen". Stolz sind sie z.B. auf die "Bildungsreform" – denn nun können Schulen selbst entscheiden, wo sie kürzen wollen. Ohne KlassenschülerInnenhöchstzahl werden noch mehr SchülerInnen in einen kleinen Klassenraum gepfercht – so werden Bildungschancen für Mädchen und Frauen verbaut.

Sarah Krenn

Der rechte Rand

Offiziell will sie nichts mit ihr zu tun haben und während des Wahlkampfes wurde jede Verbindung abgestritten. Die Rede ist von der FPÖ und der rechtsextremen identitären Bewegung (IB). Die Realität sieht aber anders aus.

Schon 2010 kandidierte Alex Markovic, Mitbegründer der IB, für die FPÖ. Strache teilt auf Facebook Aktionen der IB und ließ sich 2015 gemeinsam mit führenden Mitgliedern der IB in einem Lokal ablichten. 2016 gab es einen Übergriff auf den Rektor der Uni Klagenfurt. Daran beteiligt war Luca Kerbl, bis vor der Aktion FPÖ-Bezirksobmann und ehemaliger FPÖ-Gemeinderat. Kerbl ist nun Leiter der IB Steiermark. Der Ex-Chef der IB Salzburg, Edwin Hintsteiner, engagierte sich früher beim FPÖ-Jugendverband RFJ, der gute Kontakte zu der IB pflegt. So arbeiteten etwa der RFJ und die IB offiziell an einer Kampagne namens „der große Austausch“. Der RFJ Burgenland lädt die IB regelmäßig zu sich ein. Am Kongress „Verteidiger Europas“, der offiziell nicht von der IB organisiert wurde, die aber durch mehrere Aufsteller sehr gut vertreten war, trat der FP-Strategie Kickl auf. Auch in Wiener Neustadt hieß der FPÖ-Vizebürgermeister bei einer Anti-Asyl Veranstaltung die IB offiziell „herzlich willkommen“. In Wien tritt mit Bernadette Conrads eine IB-Aktivistin für die FPÖ bei den Gemeinderatswahlen an. FPÖ Gemeinderatskandidat Sickl tritt als Vermittler zwischen FPÖ und IB auf, indem er Konferenzen organisiert. Außerdem vermietet er der IB in Graz ein Büro.

Wenn alle führenden Manager- und Finanzblätter von Handelsblatt bis Financial Times sorgenvoll über einen Streik in der Slowakei berichten, dann muss es um etwas Wichtiges gehen.

Auf den Streik der 12.000 slowakischen VW-ArbeiterInnen in Bratislava Ende Juni trifft das auf jeden Fall zu. Sechs Tage lang kämpften sie für eine Lohnerhöhung. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. 14% mehr Lohn haben die KollegInnen erstreikt. Das VW-Management wollte nur 8% hergeben. Die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaft lag bei 16% mehr Lohn.

Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

Das ist ein historisches Ereignis. Seit Zusammenbruch des Stalinismus hat es in der Slowakei einen solchen Streik nicht gegeben. Im Gegenteil: Die europäische Automobilbranche sah in dem Land ein Billiglohnparadies, mit dem sich auch die Löhne in Deutschland und Österreich hervorragend drücken ließen.

Jetzt befürchten die Bosse weitere Arbeitskämpfe. Die slowakischen ArbeiterInnen haben eine gute Ausgangslage. Dauernd werden weitere Fabriken eröffnet, Arbeitskräfte werden gesucht. Doch während ein deutscher Autobauer rund 4.200 Euro im Monat verdient, liegt der Lohn in der Slowakei bei 1800 Euro. Das wollten die KollegInnen nicht mehr hinnehmen.

Der Streik wurde aktiv geführt. Tausende ArbeiterInnen beteiligten sich an Kundgebungen vor den Fabriktoren. Dieses Beispiel sollte auch hierzulande Schule machen. Nicht wahr, liebe GPA.djp und Pro-Ge?



Drucker machen Druck!

Was rund um den Kollektivvertrag (KV) im grafischen Gewerbe passiert, ist ein Vorbote für das

Für die KollegInnen bedeutet das massive Verschlechterungen - und einen Wettbewerb nach

mer (WKO) und Industriellenvereinigung haben genug davon, dass ArbeiterInnen in Österreich noch begrenzt durch Kollektivverträge und Arbeitsschutzbestimmungen geschützt werden. Sie blasen zum Angriff auf zentrale Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung.

werkschaftsfunktionärInnen das Gebäude betreten, um Forderungen zu übergeben, entschlossen sich spontan mehrere Dutzend KollegInnen, der Wirtschaftskammer auch persönlich ihre Wut zu zeigen und strömten in das Gebäude. Im Anschluss musste die Polizei Sperrketten vor der WKO aufziehen. Die Wut der KollegInnen, die sich hier entladen hat, muss in Zukunft aufgegriffen werden. Wir müssen uns an der Basis organisieren, um so die Gewerkschaftsspitze zu entschlossenen Maßnahmen zu drängen. Wie diese aussehen könnten, zeigt ein Demoschild bei der Kundgebung: „Streik, Yes we can“.

Christoph Glaninger

Gegen die Zerschlagung von Kollektivverträgen in die Offensive gehen!

zukünftige Vorgehen gegen ArbeiterInnenrechte. Weil dem Verband „Druck und Medientechnik“ (für das Ausverhandeln des KVs zuständig) die Bestimmungen des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes nicht passen, kündigen sie den ältesten KV Österreichs auf. Die KVs sollten von Landeswirtschaftskammern abgeschlossen werden.

untun zwischen Bundesländern bei Lohn und Arbeitsbedingungen. Den „ArbeitgeberInnen“ geht es darum, ihre Profite in wirtschaftlich unsicheren Zeiten durch den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten zu sichern. Ein ähnliches Vorgehen der Bosse haben wir dieses Jahr auch beim Werbe-KV gesehen. Die Chefetagen der Konzerne, Wirtschaftskam-

Dagegen müssen wir uns entschlossen wehren. Dass immer mehr Beschäftigte dazu bereit sind, zeigt eine wütende Protestaktion der Gewerkschaft vor der WKO. Etwa 400 KollegInnen demonstrierten gegen die Abschaffung ihres Kollektivvertrages. Aber dieses Mal beließ man es nicht beim Herumstehen vor der Türe. Als Ge-

You'll Never Walk Alone Again! - Europa-Kongress der HafendarbeiterInnen

Am 8. und 9. Juni fand in Koper (Slowenien) der europäische Kongress des International Dockworkers Council (IDC) statt, an dem auch zwei AktivistInnen der SLP teilnahmen. Der IDC ist ein internationaler Gewerkschaftsverband von HafendarbeiterInnen mit über 100.000 Mitgliedern. Im Gegensatz zu vielen anderen Gewerkschaften ist der IDC demokratisch organisiert. Es wird nicht gezögert, zu Streiks und anderen kämpferi-

schen Aktionen zu greifen. „Hoch die internationale Solidarität“ wird nicht als leere Phrase gesehen, sondern in der Praxis gelebt. Kommt es in einem Hafen zu einem Arbeitskampf, organisiert der IDC Solidaritätsaktionen, von Protestschreiben bis hin zu Solidaritätsstreiks.

So wurde auf dem Kongress ein Aktionstag am 29. Juni geplant, an dem in ganz Europa in mehreren Häfen die Arbeit für zwei Stunden niedergelegt

wurde. Dies geschah, um gegen die neoliberale Politik der EU zu demonstrieren und in Solidarität mit den HafendarbeiterInnen in Spanien, wo tausende Jobs bedroht sind und mehrere Häfen vor der Privatisierung stehen.

Der IDC zeigt, dass Gewerkschaften erfolgreich sein können. Sie müssen dafür demokratisch organisiert sein und nicht vor kämpferischen Aktionen zurückschrecken!

Nicolas Prettnner



We Are Queer and We Will Fight!

Der Christopher Street Day (CSD) gedenkt des ersten großen Aufstands von LGBT+ Personen in New York 1969. Auch dieses Jahr fanden weltweit Pride-Paraden statt.

In Österreich wurde erstmals auch in Linz eine Pride veranstaltet. Organisiert wurde sie vom Bündnis „Linz gegen Rechts“. Die SLP spielte dabei eine maßgebliche Rolle: so mobilisierten AktivistInnen unter anderem vor Schulen und Bars für das Event. Und auch die Pride selbst wurde nicht zuletzt wegen der Intervention des SLP-Blockes zu einer lauten, politischen Demonstration, die gegen Homophobie und Sexismus protestierte und für Geschlechtervielfalt und frei ausgelebte Sexualität eintrat.

Mit Demosprüchen wie „Was bedeutet Schwarz und Blau – Sexismus und Sozialabbau“ und „Racist, Sexist, Anti-Gay – Detlef Wimmer go away“ wurde gezielt die Schwarz-Blau Landesregierung angegriffen. Ihre diskriminierende Politik und Sozialabbau trifft besonders Minderheiten wie LGBT+ Personen. Aber auch SPÖ & Co setzen dem letztlich nichts entgegen.

Am Tag der Pride in Wien trafen sich religiöse Fundamentalisten und Rechtsextreme erneut beim „Marsch

für die Familie“. Sie wollten gegen LGBT+ Personen, Frauenrechte, selbstbestimmte Sexualität und Geschlechtervielfalt hetzen. In den letzten Jahren haben sich auch immer wieder PolitikerInnen von ÖVP und FPÖ daran beteiligt.

Die SLP organisierte, wie schon seit Jahren, eine Gegendemonstration als Antwort gegen diesen Aufmarsch von SexistInnen und homophoben FundamentalistInnen. Dies ist vor allem angesichts des Rechtsrucks in Österreich sehr wichtig: Rechtsextreme werden immer selbstbewusster und immer öfter werden LGBT+ Personen, Frauen und MigrantInnen auf offener Straße angegriffen. Gleichzeitig gibt es noch immer die alltägliche Diskriminierung am Arbeitsplatz, bei der Arbeitssuche, in der Ausbildung und im Alltag. Die Gegenaktion der SLP war nicht nur vor Ort erfolgreich, sondern erregte auch die mediale Aufmerksamkeit des ORF.

Wir werden auch weiterhin die diskriminierende Politik der etablierten Parteien wirklich aktiv bekämpfen. Hilf uns, eine starke linke und antikapitalistische Kraft aufzubauen, die Homophobie und spalterischer Hetze entschlossen entgegentritt!

Celina Brandstötter



Eine Welt gewonnen in Linz

Am 30.6. startete unser Event aus der „Welt zu gewinnen“-Reihe. Wie schon zuvor auch dieses Mal wieder ein großer Erfolg: Am Abend gab es eine Diskussion zur neu-

wie sich in der Debatte zeigte.

Am nächsten Morgen ging es gleich weiter im Jugendzentrum StuWe. In Workshops diskutierten

ren Phase auseinander. Damals wurden Freiheiten und Rechte erkämpft, die heute selbst in den fortschrittlichsten Ländern nicht existieren. Abschließend wurde die

Volles Haus beim zweitägigen Diskussionsereignis der SLP.

en Plattform „KPÖ Plus“ und der Kulturkeller der „Alten Welt“ war komplett ausgelastet. Als SLP argumentierten wir für ein kämpferisches linkes Bündnis, bei dem verschiedene Kräfte und neue AktivistInnen auf Augenhöhe zusammenarbeiten.

Doch das ist nicht der Ansatz von „KPÖ Plus“,

wir verschiedene Themen: z.B. wie man eine Kampagne hochzieht, oder über die Rolle der Gewerkschaften im Gesundheitsbereich. Auch die Russische Revolution war Thema: Anlässlich des 100. Jubiläums setzten wir uns mit den massiven Verbesserungen für Frauen und LGBTQI-Personen in der revolutionären

Arbeit des Committee for a Worker's International (CWI) vorgestellt. Wir diskutierten die Fortschritte unserer Schwesterorganisationen, wie in den USA. Abschließend ließen wir den Abend gemeinsam mit AktivistInnen gemütlich bei ein paar Kaltgetränken ausklingen.

Alec Jakolic

Keine Profite mit der Miete!



Diese Forderung war bei der Aufbruch-Demo am 1. Juli in Wien immer wieder laut zu hören. SLP- & Aufbruch-AktivistInnen übernahmen den Hauptteil der Mobilisierung, Organisation und Moderation. Zusammen mit anderen Gruppen der Plattform Wohnen (u.a. KPÖ und autonome Initiativen) zogen die AufbrecherInnen vom Westbahnhof durch die Wohnbezirke zum Yppenplatz und machten mit 200 Leuten ordentlich Stimmung. Die Reaktionen

der AnwohnerInnen waren sehr positiv; es wurde diskutiert und einige schlossen sich sogar spontan der Demo an.

Die steigenden Mieten betreffen besonders Leute mit niedrigem Einkommen. Sie geben mittlerweile durchschnittlich fast die Hälfte ihres Einkommens für Miete aus. Dagegen helfen keine 2 1/2 Gemeindewohnungen: wir brauchen den Bruch mit der brutalen Marktlogik und eine echte soziale Wohnbauoffensive!

Termin des Monats



Das Sommercamp der SLP

Welche bessere Möglichkeit, sich auf einen heißen Herbst vorzubereiten, gibt es, als mit SozialistInnen am See zu diskutieren und Kampagnen zu planen? Wieder organisiert die SLP in Kärnten/Koroška ein Sommercamp. Neben inhaltlichen Arbeitskreisen mit internationalen Gästen wird es viel Zeit geben, den Sommer in netter Gesellschaft und mit zahlreichen Freizeitangeboten zu genießen!

SLP-Sommercamp: 20.-27.08.2017

Anmeldung und Infos unter: till@slp.at

Was tut eine Partei, deren kultureller Horizont bei Hundebildern und dem Christkindl endet, wie diverse Titelblätter der Partei-Zeitschrift "Uhrturn" nahelegen? Sie setzt deren Chefredakteur Ernst Brandl in den Aufsichtsrat des Kulturfestivals "Steirischer Herbst".

Erinnern wir uns „besserer Zeiten“: 1998 hat Christoph Schlingensiefel Obdachlose aus ganz Europa eingeladen, in der „Sandlerhauptstadt“ Graz einen Wettbewerb abzuhalten. Der 2010 verstorbene Künstler würde wohl im Grab rotieren, wenn er mitbekäme, welche Figuren nun jenes Projekt mitbestimmen, welches in der Vergangenheit mit wohltu-

Rote Seitenblicke

enden und angemessenen Angriffen gegen die herrschenden Verhältnisse, rechte Geschichtsklitterung, die "Normalität" der Armut sowie zum Elend der menschlichen Existenz ("Sex und Todessehnsucht, Kunst und Krieg, Kaffee und Kuchen" (c) Werner Schwab) schockierte. Apropos Elend: Brandl gehört zur Riege um den deutsch-nationalen Vorbeter Andreas Mölzer. Deren ideologische Ausdünstungen enden des Öfteren im Schönreden der Nazi-Zeit. Selbst Vertreter der steirischen Kirchen kritisieren das Schmuddelblatt angesichts rassistischer "Berichterstattung" über Flüchtlinge.

Doch richtig gute Kunst ist ohnehin jene, die nicht geordneten Bahnen folgt, eine heile Welt vorspielt oder rückschrittliche Wahnvorstellungen zementiert. Somit werden wir hoffentlich auch dann entsprechende Aktionen und Performances erleben dürfen - selbst wenn Brandl auf die Idee käme, landesweit ein Leni-Riefenstahl-Festival zu organisieren. Und nebenan vielleicht eine Hunde-Schau?



Antikapitalismus statt „Tirolympia“!

Es hat sich über die Jahre weltweit herumgesprochen, dass die Austragung Olympischer Spiele keineswegs zur Verbesserung der sozialen Lage der Be-

ÖVP-Landeshauptmann Platter merkt bereits, dass es eng wird. Er kommt um eine Abstimmung wohl nicht herum. Die Stimmung widerspiegeln dürf-

gen Personal für die alten Menschen fehlt und so lange 132.000 Tiroler, darunter 39.000 Kinder, arbeitslos sind und so lange sich tausende Tiroler

gefährdung, Niedrigeinkommen) weist auf den vorhandenen Unmut hin; doch es braucht mehr: eine Bewegung von unten, die solchen Zuständen UND dem zugrunde liegenden System den Kampf ansagt. ArbeitnehmerInnen, Erwerbsarbeitslose und Jugendliche, egal welcher Herkunft, könnten in Tirol eine solche Kampagne mit klaren sozialen Forderungen und Zielen entwickeln und so dem gesamten Polit-Establishment (inkl. seiner Schein-Opposition) eine Alternative entgegenstellen. Eine Abfuhr in der Olympia-Frage für Platter & Co. wäre ein erster Schritt. Vielleicht möchten LeserInnen dieser Zeitung in Tirol dies mit uns gemeinsam versuchen?

Franz Neuhold

Olympia wird die Profite einiger Weniger ankurbeln. Der „öffentlichen Hand“ bleiben immerhin die Schulden.

völkerung führt. Auch der Sport wird durch den Kapitalismus ver- und entwertet. In Schweden, der Schweiz und Deutschland haben sich Mehrheiten gegen die jeweiligen Olympia-Bewerbungen gewandt. Es scheint nun auch in Tirol die Opposition in der Bevölkerung gegen die Bewerbung 2026 Fahrt aufzunehmen.

te auch die Stellungnahme der „Liste Fritz“ - einer ÖVP-Abspaltung, die Opposition spielt und der man schwerlich systemkritische Meinungen unterstellen kann. Doch sie muss scheinbar zu geradeweis sozialrevolutionären Tönen greifen, um punkten zu können. So ist zu lesen: „... Solange in den Pflegeheimen das Geld für

mit den niedrigsten Einkommen bei den gleichzeitig höchsten Kosten fürs Wohnen und Leben herumschlagen müssen, passen und gehören Olympische Spiele nicht nach Tirol. ...“ Selbst auf die negativen ökologischen Folgen wird an anderer Stelle hingewiesen.

Die Benennung der wirklichen Probleme (Arbeits-

20 Jahre Harry Potter: Rowling vs. Dumbledore

Millionen inspirierte J.K. Rowling mit ihren Harry Potter-Büchern. Für viele ist sie ein Vorbild. Sie gilt als eine der reichsten Frauen der Welt. Auch auf Twitter ist sie stets tätig. Dort äußert sie sich nicht nur zu alltäglichen Dingen, sondern beteiligte sich auch an der Hetzjagd gegen den linken Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn: „Corbyn ist nicht Dumbledore. Ich vergaß, dass Dumbledore Hogwarts zerstörte, sich geweigert

hat zurückzutreten und dann in den Wald lief um Reden vor wütenden Trollen zu halten“.

Immer wieder postet sie gegen Corbyn. Auch schrieb sie, dass er Labour auslöschen wolle. Zu den Beiträgen äußerte sich auch Frank Field, ein Parlamentarier des rechten Labour-Flügels: Er bedankte sich bei ihr für ihren „gesunden Realitätssinn“. Corbyn-UnterstützerInnen waren nicht erfreut.

Rowling äußerte sich dazu: „Ich gehe nirgendwohin! Ein kleiner Fakt über die schmutzigen bürgerlichen neoliberalen Zentristen. Wir sind härter als ihr denkt ;)“.

Ihre Bücher bestärken Jugendliche darin, sich gegen Unterdrückung zu stellen, auch wenn es aussichtslos erscheint. Rowlings eigene Politik passt nicht zu dem rebellischen Geist der Bücher. Ridiculus!

Nadine Zalto



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Krise, Krieg und Elend

Vor New York erhebt sich die Freiheitsstatue. Sie trägt die Inschrift: „Gebt mir eure Müden, eure Armen / Eure geknechteten Massen, die sich danach sehnen, frei zu atmen“ Die Worte stammen von der Dichterin Emma Lazarus. Sie drückte damit ihre Solidarität mit den Flüchtlingen aus, die Ende des 19. Jahrhunderts in die Vereinigten Staaten kamen. Heute verbietet US-Präsident Trump Menschen aus

in den Philippinen ermordet haben.

Dass Trump und Duterte sich gut verstehen, verwundert nicht. Doch die europäischen Regierungen sind um keinen Deut besser. Menschen fliehen nach Europa vor Krieg und Terror. Sie fliehen aus Ländern, in denen lokale Mörderbanden und Regimes, sowie imperialistische Kräfte - von den USA bis Russland - um politischen Einfluss und den

gierung will Flüchtlingsboote von Häfen abweisen. Die Friedensnobelpreisträgerin EU verbietet es NGOs, Menschen aus dem Mittelmeer zu retten.

Hunderttausende Menschen protestierten in Hamburg genau gegen dieses mörderische System und seine VertreterInnen beim G20-Gipfel. Dort trafen sich nicht nur die Verantwortlichen der „demokratischen“ EU-

geladen, aber verhindert war auch der saudische König Salman, der mit Öl-Milliarden Terrorismus finanziert. Diejenigen, die gegen die Unterdrückten demonstrierten, blickten in die geladenen Maschinengewehre hochgerüsteter Robocops. Demonstrationen wurden verboten, JournalistInnen behindert. Vereinzelt Plünderungen wurden zum Anlass genommen, Tausende zu kriminalisie-

gertod bedroht, obwohl weltweit rund 10 Milliarden Menschen ernährt werden könnten. Mit den vom Hunger Betroffenen lässt sich jedoch kein Profit machen, weshalb sie in diesem Wirtschaftssystem auch nicht versorgt werden.

Die permanente, sich immer mehr verschlimmernde Katastrophe, unter der die Menschheit leidet, ist nicht das Produkt einzelner Verrückter. Sie ist das Ergebnis einer kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Profitinteressen Weniger werden gegen die Bedürfnisse Vieler mit aller Gewalt verteidigt. Und das, obwohl wir längst über die Mittel verfügen, um allen Menschen ein Leben ohne Existenzangst und Armut auf nachhaltige Weise zu ermöglichen. Das Leid, welches wir tagtäglich am eigenen Leib oder über die Medien erfahren, beweist uns eines: Dieses System muss weg, wenn wir eine Zukunft haben wollen.

Lukas Kastner

Die Barbarei des Kapitalismus begegnet uns auf Schritt und Tritt.

muslimischen Ländern die Einreise und will eine durchgehende Mauer an der mexikanischen Grenze errichten.

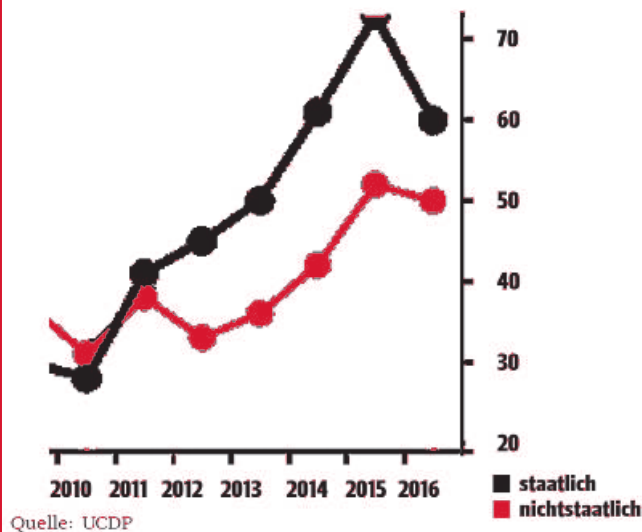
Bei einem Telefongespräch gratulierte er dem philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte: „Sie machen einen sagenhaften Job!“ Gemeint sind damit Dutertes Todesschwadronen, die im sogenannten „Krieg gegen Drogen“ seit 2016 Tausende Menschen

Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten kämpfen. Sie fliehen vor Terrorgruppen wie Al Shabaab, Boko Haram, Al Quaida oder dem IS - Kräfte, die sich durch Waffen und Logistik der Weltmächte aufbauen konnten. Wer nach Europa fliehen will, wird auf offener See dem Tod überlassen, in den Tod abgeschoben, oder in „Auffanglagern“ (z.B. in Nordafrika) gefangen gehalten werden. Die italienische Re-

Länder, die den Massenmord im Mittelmeer organisieren. Zu ihnen zählt übrigens auch der französische Präsident Macron. Er regiert im Ausnahmezustand und peitscht Angriffe auf Gewerkschaftsrechte per Dekret durch. Auch der türkische Diktator Erdogan, der die Todesstrafe wieder einführen will, war dabei. Natürlich auch Putin, der in Russland jede Opposition im Keim erstickt. Ein-

ren. Die Medien blendeten die Gewaltorgien der Polizei und das Blut an den Händen der G20 gehorsam aus.

Weitgehend unbeachtet von denselben Medien ereignet sich in Nigeria, Südsudan, Somalia und Jemen die wahrscheinlich größte Hungerskatastrophe der Menschheit. Sie zeigt die Schrecken des Kapitalismus in grausamster Weise. Über 20 Millionen sind vom Hun-

Anzahl bewaffneter Konflikte**Die moderne Barbarei**

➤ **2017** ist die Kriegsgefahr in vielen Teilen der Welt wieder so gegenwärtig wie es viele nach dem Ende des kalten Krieges nicht mehr für möglich gehalten hatten. Mit dem Ukraine-Konflikt, dem Wettrüsten im Pazifik, Nordkorea und dem Syrien-Konflikt gibt es gleich mehrere Regionen weltweit, in denen sich Supermächte gegenüberstehen. Totgeglaubte Phänomene wie Putsch und politischer Mord in Regierungsauftrag sind wieder Teil der Nachrichten.

➤ **Auf den Philippinen** zum Beispiel herrscht seit Mai 2016 Präsident Duterte. Seit der demokratischen Wende von 1986 galten die Philippinen eigentlich als relativ stabiler Rechtsstaat, der neue Präsident Duterte hat aber selbst mit dem Schein dessen gebrochen. Sein „Krieg gegen Drogen“ kostete bereits ca. 7000 Menschen das Leben. Eine genaue Zahl ist nicht möglich, weil das Morden von meist völlig willkürlich ausgesuchten Opfern gemäß des Präsidenten-Aufrufs „auf Sicht“ passiert. Todeschwadronen terrorisieren besonders die Armenviertel. Zusätzlich gilt auf den Philippinen seit Mai 2017 für ein Drittel des Landes das Kriegsrecht – offiziell, um gegen eine lokale Islamisten-Miliz zu kämpfen. Darunter leiden die Pressefreiheit

und die Opposition aber landesweit.

- **Die Pressefreiheit** verschlechtert sich auch im weltweiten Trend deutlich, so „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) 2017: Drastische Beispiele sind Russland oder Ägypten, aber auch in der EU sind mit Ungarn und Polen Länder, in denen sich die Lage für JournalistInnen extrem verschlechtert hat. Die Türkei hat sich in den letzten 12 Jahren um 57 Plätze in der ROG-Rangliste verschlechtert. Auch in Österreich werden JournalistInnen, zum Beispiel an der Berichterstattung bei Demonstrationen, durch die Polizei behindert oder das Asyl-Lager Traiskirchen mit Informationssperre belegt.
- **Kurz nach Beginn** der Wirtschaftskrise erhöhten sich die Anzahl und Intensität bewaffneter Konflikte weltweit. Laut „Global Peace Index“ verdreifachte sich die Zahl der Kriegs-Toten von 2010 bis 2014. 2014 war mit schätzungsweise 113.000 das Jahr mit den meisten Kriegs-Toten seit dem kalten Krieg.
- **Entsprechend stieg** auch die Zahl der Menschen auf der Flucht. Laut UNHCR waren es 2008 noch 25 Millionen, 2016 bereits 54 Millionen, inklusive derer, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. Das ist die höchste Zahl seit 1945.

Sozialismus oder Barbarei

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – mit diesen Parolen eröffnete die Französische Revolution 1789 das bürgerliche Zeitalter. Menschenrechte wurden in Deklarationen festgeschrieben. Demokratie und Freiheit sollten in eine leuchtende Zukunft füh-

den Erdball, war ein brutaler und blutiger Prozess, der zahllose Opfer forderte. Es entstanden zwar bürgerliche, parlamentarische Demokratien – doch das allgemeine und das Frauenwahlrecht mussten von unten, von der ArbeiterInnenklas-

so politische. In der Krise werden die demokratischen Spielräume kleiner. Die Interessen des Kapitals und ihre politische Umsetzung müssen direkter miteinander verbunden werden. Die aktuelle Krise ist keine sektorale, sondern eine fundamentale, die seit 10 Jahren zahllose Krisenherde vereint und hervorbringt.

Die Parteien können an diese strukturelle wirtschaftliche Krise nicht mehr mit „normalen“ Methoden herangehen. Ihre als „Reformen“ getarnten Kürzungspakete machen sie bei WählerInnen unbeliebt und verkleinern die Chancen gewählt zu werden. Das führt zu einer Lähmung der großen Parteien: sie sind eng mit den staatlichen Strukturen verwoben und können es sich nicht leisten, aus Regierungen oder gar Parlamenten zu fliegen. Eine solche Pattsituation führte nun auch zum Zusammenbruch der österreichischen Regierung. Gleichzeitig drängen die Unternehmen auf immer offensivere Maßnahmen, um ihre Krise auf den Rücken der Beschäftigten und Arbeitslosen abzuwälzen. Das parlamentarische Geplänkel der etablierten Parteien wird dabei immer mehr zum Hindernis. Die deutsche Kanzlerin Merkel erkannte dieses Problem, als sie forderte, die „parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten“, dass sie „marktkonform“ ist.

Es ist eine doppelte Bewegung: der Staat geht auf das Kapital zu und

„Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: ...

ren. Heute sehen wir all diese Werte mit Füßen treten. Woran liegt das?

Das Wirtschaftssystem, dem die bürgerlichen Revolutionen zum Durchbruch verhelfen, ist der Kapitalismus. Das Bürgertum entstand als eine Gesellschaftsklasse von HändlerInnen und BesitzerInnen von Arbeitsstätten, in denen ArbeiterInnen für sie arbeiteten – kurz: KapitalistInnen. KapitalistInnen müssen die Waren, die ihre ArbeiterInnen herstellen, am Markt profitabel verkaufen. Mit diesem Profit können sie ihr Unternehmen größer und effektiver machen, um Konkurrenten am Markt zu verdrängen. Das müssen sie auch, sondern gehen sie selbst unter. Daher der grundlegende Drang des Kapitalismus, zu wachsen, neue Märkte zu schaffen.

Von Anfang an stand diese Freiheit der Waren im krassen Gegensatz zu den humanistischen Idealen, die das Bürgertum entwickelte. Die Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise über

se, gegen das Bürgertum erkämpft werden. Die höchste Aufgabe des bürgerlichen Staates war es von Anfang an, die Freiheit der KapitalistInnen, uns auszubeuten, zu verteidigen.

Die kapitalistische Produktionsweise führt immer wieder zu Krisen. Investiert und produziert wird dort, wo kurzfristig die höchsten Profite zu erwarten sind – bis in diesem Sektor zu viel Kapital angehäuft ist. Es kommt zu Überproduktion von Waren, die nicht mehr gewinnbringend verkauft werden können. In einer Wirtschaftskrise werden die Größenverhältnisse von Wirtschaftssektoren wieder so zurechtgestutzt, dass die Profitmacherei von vorne losgehen kann. Dieses „Angleichen“ hat für die Menschen katastrophale Folgen: u.a. Arbeitsplatzabbau, Lohnneinbußen und Kürzungen bei sozialen Leistungen – also Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung. Das sind keine rein wirtschaftlichen Prozesse, sondern eben-



richtet seine Demokratie „marktkonform“ ein. Das Kapital andererseits ruft nach „Machern“ in der Politik. In solchen Situationen schlägt die Stunde der „Wirtschaftskapitäne“, die in die Politik gehen. Über Stronach konnten wir noch lachen. Über Trump immer weniger. Auch Millionen-Manager und Finanzminister Schelling drückt

gehalten werden. Zuerst wird mit „Sachzwang“ argumentiert: es gehe nun mal nicht anders. Man müsse sich den Launen der Wirtschaft unterwerfen, als wären sie Naturgesetze. Es geht um „Wettbewerbsfähigkeit“, um den „Standort“, den es zu verteidigen gilt. Deswegen muss zusammengehalten werden - Nationalismus und Rassismus

Für den Großteil der Welt bedeutete der Kapitalismus immer schon brutale koloniale und imperialistische Ausbeutung und Diktatur. Die letzte Wirtschaftskrise dieses Ausmaßes brachte in den 1930er Jahren auch in den imperialistischen Zentren Krieg und Faschismus.

Die autoritären Tendenzen des Kapitals bringen aber immer auch Gegenteilstendenzen mit sich. Weltweit wehren sich Menschen gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen nationalistische Hetze, gegen aktuelle und kommende Kriege. In den letzten Jahren haben wir auf jedem Kontinent Massenbewegungen gegen Ausbeutung und Unterdrückung gesehen. Diese Bewegungen entwickeln sich nicht linear. Sie werden zurückgeworfen wie der Arabische Frühling, sie ebbten ab wie die Proteste in Griechenland oder Spanien. Aber sie erheben sich immer wieder in neuer Form, die Lehren der gescheiterten Versuche in sich aufnehmend. Das passiert, weil die Entwicklungen, die sie ausgelöst haben, weitergehen, sich sogar noch verschärfen. Der Kapitalismus hat all seine Versprechungen verraten. Er hat uns nichts als Armut, Krise und Krieg zu bieten. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit können nur mehr gegen ihn erkämpft werden - von denen, die von ihm unterdrückt werden.

Sebastian Kugler

... entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.“ – Friedrich Engels

diesen Typ in Österreich aus.

In Krisenzeiten muss das Kapital den Staat enger an sich binden, weil es durch ihn seine Position am Weltmarkt gegen andere Kapitalien (und andere Staaten) verteidigen kann. Das kann die Form von „Handelskriegen“ wie zwischen den USA und China annehmen, aber auch die Form handfester bewaffneter Konflikte, etwa bei Stellvertreterkriegen wie in Syrien. Internationale Bündnisse wie die EU und sogar die NATO scheitern in schwere Krisen - in der Krise sind sich alle KapitalistInnen und ihre Staaten selbst die Nächsten.

Um möglichst erfolgreich bei der Eroberung äußerer Märkte zu sein, müssen die inneren Konflikte, die so eine autoritäre Politik hervorruft, klein

haben hier die Funktion, die tatsächlichen Interessensgegensätze zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen zu verschleiern, um scheinbare Interessensgegensätze zu konstruieren: nicht österreichische ChefInnen und PolitikerInnen wären daran schuld, dass es zu wenig Arbeitsplätze und Wohnungen gibt und Sozialleistungen gestrichen werden - sondern die Flüchtlinge. Es ist also kein Zufall, dass GroßkapitalistInnen wie Red-Bull-Mateschitz und PolitikerInnen etablierter Parteien wie Kurz oder Doskozil sich immer mehr anhören wie Rechtsextreme. Es ist die Konsequenz der bürgerlichen Logik in Zeiten der kapitalistischen Krise.

So werden die Ideale der Aufklärung durch das Wirtschaftssystem, auf dem sie basieren, in ihr Gegenteil gewandt.



Marx aktuell

Der französische Präsident Macron will seine Angriffe auf die Rechte von Beschäftigten am Parlament vorbei entscheiden. Ein weiterer Politiker, der die bürgerliche Demokratie beschneidet. In der Terrorismusbekämpfung gehen die Regierung zur vermeintlichen Verteidigung „unserer bürgerlich-demokratischen Grundwerte“ durch die Ausschaltung ebendieser vor. Die bürgerliche Demokratie ist in der Krise. Die WählerInnen misstrauen ihr wird doch zunehmend deutlich, dass sie in der Praxis eine Demokratie der Reichen und Mächtigen ist. Und den Herrschenden wird sie zunehmend lästig, weil zu träge und umständlich.

Trotzki beschreibt 1932 in „Der einzige Weg“ das Verhältnis des Kapitals zur Demokratie in drei Etappen: „den Anfang der kapitalistischen Entwicklung, als die Bourgeoisie zur Lösung ihrer Aufgaben revo-

Das schwierige Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie

lutionäre Methoden benötigte; die Blüte- und Reifeperiode des kapitalistischen Regimes, wo die Bourgeoisie ihrer Herrschaft geordnete, friedliche, konservative, demokratische Formen verlieh; endlich den Niedergang des Kapitalismus, wo die Bourgeoisie gezwungen ist, zu Bürgerkriegsmethoden gegen das Proletariat zu greifen, um ihr Recht auf Ausbeutung zu wahren.“ Die Blüte- und Reifeperiode mit ihrer bürgerlichen Demokratie galt und gilt keineswegs im Weltmaßstab - sondern im Wesentlichen für bestimmte Perioden in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Dass sich der Kapitalismus schon länger in dieser Niedergangsphase befindet ist offensichtlich. Er behindert die Entwicklung der Menschheit und stolpert von einer Krise in die nächste. Der „Luxus der Demokratie“ (Trotzki 1938 im Übergangsprogramm) wird für die Herrschenden zum Hindernis für die aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmen.

Wenn auf der Basis des Wachstums der Wirtschaft auch für die Erhöhung des Lebensstandards der Massen was abfällt, stellt die bürgerliche Demokratie oft die für das Kapital günstigste Herrschaftsform dar. Man benötigt keinen großen Repressionsapparat zur Unterdrückung. Zwar beschließt das Parlament auch gewisse Einschränkungen für die Herrschenden, doch es bleibt alles in einem vertretbaren, weil die Profite sichernden, Rahmen. Wenn das Erlangen dieser Profite schwerer wird, weil die Märkte heißer umkämpft sind wie in der aktuellen Krise, dann brauchen die Herrschenden rasch Maßnahmen, die das jeweilige nationale Kapital am Weltmarkt nach vorne katapultiert. Es ist also notwendig, die Arbeitskraft billiger zu machen und eventuelle Proteste zu unterbinden. Die verschiedenen bürgerlichen Strömungen unterscheidet sich dabei nur unwesentlich. Von Rechtsextremen über Konservative, Liberale bis hin zu Sozialdemokraten: sie regieren mit Ausnahmezuständen, ungewählten Regierungen, überwachen uns, beschränken unsere Rechte...

Die bürgerliche Demokratie ist eine beschränkte. Als SozialistInnen verteidigen wir aber entschlossener als alle die Liberalen und „Demokraten“ die (beschränkten) Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie während wir gleichzeitig für die Überwindung derselben und den Ersatz durch echte, sozialistische Demokratie kämpfen. Das bedeutet die Verwaltung und Kontrolle der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft durch alle - und nicht nur eine reiche Elite.

Sonja Grusch



Sei Teil des internationalen Widerstands!

Die Superreichen sind weltweit schon lange bestens vernetzt. Sie haben multinationale Konzerne oder Organisationen wie den IWF, der weltweit ihre neoliberale Politik durchpeitscht.

Wenn wir uns als ArbeitnehmerInnen, Frauen, LGBTQI+ Personen, MigrantInnen oder linke AktivistInnen gegen die Politik der Chefeta-

Das zeigt sich zum Beispiel in den USA. 2013 gelang es der dortigen CWI-Sektion Socialist Alternative, mit Kshama Sawant eine Sozialistin in den Stadtrat von Seattle zu schicken. Die Abgeordneten des CWI geben sozialen Bewegungen auf der Straße und in Betrieben eine Stimme. So üben sie mit ihnen Druck auf die Herrschenden aus. In Se-

monstrationen mit zehntausenden TeilnehmerInnen am Tag nach der Wahl Trumps wurden vom CWI organisiert.

Erfolge auf der Wahlebene kann man auch in Irland aufweisen. Mit 3 Abgeordneten sitzt das CWI als Socialist Party im Parlament. Der Versuch der irischen Regierung, eine unsoziale Wassersteuer einzufüh-

Gewaltspirale aus Besatzung, Unterdrückung und Terror. Die CWI-Sektion in Südafrika führte 2013 Massenstreiks in den Platinminen des Lonmin-Konzerns an. Ihre AktivistInnen zählen zu den verdientesten KämpferInnen der südafrikanischen ArbeiterInnenbewegung. Sogar in China ist das CWI unter den schwierigsten Bedingungen gegen das Regime aktiv. Auch in Hong Kong hat das CWI eine Organisation. Sie bauten in den letzten Jahren eine Gewerkschaftsstruktur unter Flüchtlingen auf – es war diese Struktur, die Edward Snowden half, unterzutauchen. Eine CWI-Aktivistin, selbst Flüchtling aus Indonesien, versteckte Snowden selbst vor den Behörden.

Längst sind andere RevolutionärInnen auf die Arbeit des CWI aufmerksam geworden. In Brasilien fusionierten die Kräfte des CWI mit einer anderen sozialistischen Organisation. Nun sind sie dort die dynamischste Strömung der Linkspartei PSOL und in der ersten Reihe des Widerstands gegen die neoliberalen Putschisten Temer. Diesen Sommer fusioniert das CWI mit den Organisationen der

Izquierda Revolucionaria (IR), in Spanien, Venezuela und Mexiko. Nachdem sich IR von einer Dachorganisation getrennt hatte, die den Marxismus auf dogmatische Weise entstellt, näherte sie sich immer weiter dem CWI an. IR organisierte erst kürzlich einen SchülerInnenstreik in Spanien, an dem sich Hunderttausende beteiligten. So konnte eine autoritäre Schulreform gestoppt werden. Durch die Fusion wird die Zusammenarbeit sozialistischer Kräfte auf globaler Ebene entscheidend gestärkt.

Wer der SLP beitrifft, für uns spendet, unser Material kauft oder die Vorwärts abonniert, unterstützt nicht nur die SLP. Überall auf der Welt sind die AktivistInnen des CWI aktiv. Werde auch du Teil des Widerstands gegen den Wahnsinn des Kapitalismus. Kämpfe mit uns für eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Eine Welt, in der die Bedürfnisse der Menschen zählen, und nicht die Profite von Konzernen. Eine demokratische und sozialistische Welt!

Manuel Schwaiger

Das CWI kämpft auf der ganzen Welt gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

gen wehren wollen, dann brauchen wir unsere eigenen internationalen Organisationen.

CWI (englisch für Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale) will so eine Kraft aufbauen. In über 40 Ländern sind die AktivistInnen des CWI aktiv. Die SLP ist seine österreichische Sektion. Die Organisationen des CWI verbinden marxistische Analyse mit einer flexiblen Taktik, die der immer instabileren und unvorhersehbaren Entwicklungen des niedergehenden Kapitalismus Rechnung trägt.

attle konnte so der höchste Mindestlohn der Welt, 15\$ pro Stunde, erkämpft werden. Socialist Alternative war aktiver Teil der Bewegung rund um die Kampagne von Bernie Sanders. Die Kampagne begeisterte Millionen von linken Ideen. Doch Bernie weigerte sich, mit der Big Business- Partei der Demokraten zu brechen. Socialist Alternative kritisierte das und setzte sich für eine unabhängige sozialistische Kraft ein. So konnte die Organisation hunderte AktivistInnen gewinnen, die jetzt den Widerstand gegen Trump organisieren. Die Großde-

ren, führte zu Widerstand in der Bevölkerung. Anders als andere linke Parteien, die die Wassersteuer nur im Parlament kritisierten, rief das CWI offen zum Boykott der Steuer auf. 73% der IrInnen beteiligten sich am Boykott. Die Socialist Party ist nun die führende Kraft auf der Straße im Widerstand gegen eine immer instabilere Regierung des Sozialabbaus.

In Israel und Palästina organisiert das CWI als einzige sozialistische Organisation in der Region Juden/Jüdinnen und PalästinenserInnen gemeinsam im Kampf gegen die

Werde aktiv gegen den Bildungsklau!

Seit Jahren wird in der Bildung gespart. Das „Autonomiepaket“ bedeutet nur die Abwälzung des Kürzungszwangs auf die einzelnen Schulen. Doch es regt sich auch Widerstand dagegen. Besonders in Salzburg waren SchülerInnen und LehrerInnen in den letzten Jahren sehr aktiv und setzten sich gegen den Bildungsklau im ganzen Land ein. Auch momentan vernetzen sich SchülerInnen und LehrerInnen gemeinsam gegen die Mogelpackung „Schulautonomie“, mit der zahlreiche Einsparungsmöglichkeiten geschaffen werden. Mit Beginn der Protestwelle Anfang Februar haben SchülerInnen gemeinsam mit solidarischen SLP-AktivistInnen auch begonnen, Kontakte zu sammeln und sich zu vernetzen. Zahlreiche SchülerInnen haben vor ihren Schulen geflyert und sich an AktivistInnentreffen und Kundgebungen beteiligt. Gemeinsam mit Elternverein sowie LehrerInnen haben wir eine kämpferische Demonstration veranstaltet, an der sich rund 1000 Menschen beteiligt haben. Am 20. Juni ist bekannt geworden, dass das Autonomiepaket nach langem Verhandeln nun doch von ÖVP, SPÖ und Grünen beschlossen wird. Daraufhin folgten kurzfristig rund 70 SchülerInnen und solidarische

Menschen unserem Aufruf zu einer Protestaktion. Es hatte sich ausgezahlt, zahlreiche Kontakte geknüpft zu haben. So war es möglich, vor 8 Salzburger Schulen zu flyern und die Kundgebung über WhatsApp o. ä. zu bewerben. Eine weitere Kundgebung wurde beschlossen, zu der wieder zahlreiche SchülerInnen kamen.

Am letzten Schultag haben wir mit der letzten Kundgebung für dieses Schuljahr noch einmal gezeigt, dass man bei unserer Bildung nicht einfach so kürzen kann. Und auch während der Sommerferien wollen wir aktiv bleiben, zu verschiedenen (bildungs-)politischen Themen diskutieren und uns auf weitere Proteste vorbereiten. Die LehrerInnen drohen mit Streik – gemeinsam mit ihnen können wir im Herbst noch schlagkräftiger weiterkämpfen. Um diese und kommende Kürzungen wirklich zurückschlagen zu können, muss diese Initiative wachsen und sich in andere Bundesländer ausbreiten. Gemeinsam können wir nicht nur Verschlechterungen abwehren, sondern auch Verbesserungen erkämpfen. Melde dich bei uns und werde aktiv gegen Bildungsklau im ganzen Land!

Moritz Bauer



Schule gegen Abschiebung!

Ende Mai kam es in Nürnberg zu einer von zahlreichen Abschiebungen in Deutschland. Ein 20-jähriger Afghane wurde an einem Morgen von der Polizei aus seinem Klassenzimmer an einer Nürnberger Berufsschule abgeführt. Seine MitschülerInnen versuchten spontan, mit friedlichen Sitzblockaden die Abschiebung aufzuhalten. Ein Großaufgebot an Polizei setzte die Abschiebung des 20-jährigen, der

ein ganz normales Leben in Deutschland führte, mit massiver Gewalt durch. Die meisten Abschie-

Abschiebungen organisiert. 2010 gelang es, beim Fall des Uni-Aktivistens Ousmane C., erstmals eine Abschiebung während der Durchführung zu verhindern. Eine zentrale Rolle spielte damals schon die SLP. 2011 kam es zu einer großen Solidaritätswelle mit den SchülerInnen Dennis und Jovana, denen die Abschiebung drohte. Die SLP initiierte einen Schulstreik. Durch den Protest und den medialen Druck sah sich der Staat gezwungen, den Fall „neu aufzurollen“: nach einem halben Jahr bekam die Familie das Bleiberecht. Unsere Forderung lautet nach wie vor: Die Schule ist eine abschiebungsfreie Zone!

Jens Knoll

Nürnberger SchülerInnen haben eine Abschiebung verhindert – auch in Österreich gibt es erfolgreiche Beispiele

riger Afghane wurde an einem Morgen von der Polizei aus seinem Klassenzimmer an einer Nürnberger Berufsschule abgeführt. Seine MitschülerInnen versuchten spontan, mit friedlichen Sitzblockaden die Abschiebung aufzuhalten. Ein Großaufgebot an Polizei setzte die Abschiebung des 20-jährigen, der

bungen verlaufen in aller Heimlichkeit. durch das Engagement seiner MitschülerInnen führte dieser Fall zu großem Aufsehen. Die Folge war eine „Einzelprüfung“ des Falles – und endete in einer Entlassung des Schülers aus dem Gefängnis. Auch in Österreich haben Jugendliche erfolgreich Widerstand gegen

Bildungsstreik gegen G20



Im Zuge der Proteste gegen das G20-Treffen in Hamburg fand am 7. Juli ein Bildungsstreik mit Demonstration statt. Dazu aufgerufen hat das Bündnis „Jugend gegen G20“, an dem sich auch die SAV, die deutsche Schwesterorganisation der SLP, beteiligt. Trump, Erdogan und Co. besprachen auf dem Gipfel, wie sie ihre neoliberale Politik umsetzen, und so die kapitalistische Ausbeutung noch effizienter umsetzen können. Darunter leiden Jugendliche besonders. Leistungsdruck und Stress gehören in der Schule zum Alltag, Jugendarbeitslosigkeit ist ein Massenphänomen. AktivistInnen mobilisierten vor Schulen und in der Hamburger Innenstadt für den Bildungsstreik. An der Demonstration gegen die Jugendpolitik der Herrschenden beteiligten sich dann bis zu 4.000 Menschen.

Nico Prettnner

Held des Monats



Im Alter von 101 Jahren ist der deutsche Sozialist Theodor Bergmann verstorben. Er kämpfte 90 Jahre seines Lebens gegen Faschismus und Stalinismus. Bis zum Ende blieb er seinen Idealen treu und setzte sich für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft ein. Nun ist es an uns allen, seinen Kampf weiterzuführen.



Britannien nach den Wahlen

Der britische Kapitalismus steckt in einer politischen Krise: Nach ihrer Wahlniederlage klammert sich Theresa May nun an die nordirische Kleinpartei DUP - als letzten Strohalm, um eine Regierung zu bilden. Am schlimmsten für das Establishment

gefunden. Wo auch immer im Wahlkampf sprach, lauschten Tausende seinen Reden. Vor allem unter Jugendlichen gewann er extrem an Unterstützung. Ein weiterer Impuls wurde mit dem „Labour Manifesto“ (Wahlprogramm) gesetzt. Auch

gewann 30 Sitze und baute ihre Mehrheit in vielen Wahlkreisen aus.

Nun laufen die Brexit-Verhandlungen an. Mays Mehrheit ist geschrumpft, der britische Kapitalismus in einer schwächeren Position. Labour Party ist nicht länger eine sichere

Terroranschläge in London und Manchester. Jeremy Corbyn verurteilte diese Anschläge. Er sagte jedoch, wie auch die Socialist Party, dass die imperialistische Intervention und Kriegstreiberei im Nahen Osten weder Frieden noch Stabilität in die Region bringen.

gewählt wurde, in Labour abspielt, muss jetzt gewonnen werden. Demokratische Reformen, um die alte Bürokratie zu überwinden, stehen jetzt an. Der rechte Labour-Flügel hat einen Schlag verpasst bekommen, wir müssen dafür sorgen, dass es ein KO-Schlag wird. Auch die Gewerkschaften müssen ihren Teil übernehmen, indem sie Streiks gegen Lohnkürzungen und Sparpakete organisieren.

Jeremy Corbyns Programm ist ohne Frage ein Schritt nach vorne. Gleichzeitig sollte es aber eine Debatte innerhalb der Bewegung geben: welche Forderungen brauchen wir, um das Leben der einfachen Leute zu verbessern? Unsere Antworten sind beispielsweise der Kampf für weitgehende demokratische Verstaatlichung von Banken, Finanzwirtschaft und den Schlüsselindustrien. Um es anders auszudrücken: ein Bruch mit dem Kapitalismus, um eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, die Menschen vor Profite stellt.

Der fulminante Erfolg von Jeremy Corbyn hat das britische Establishment erschüttert.

ist aber, dass der Erfolg Jeremy Corbyns Hoffnung und eine Stimme für Millionen einfacher Leute schafft, die genug von kapitalistischer Kürzungspolitik haben.

Es ist keine Frage, dass Theresa May inkompetent ist. Das zeigte sich etwa in ihrer Absage an TV-Debatten und in ihrer Unfähigkeit, menschlich zu wirken. Entscheidend für ihre Niederlage ist aber die Bilanz der Tory-Regierung: Sozialkürzungen, vor allem im öffentlichen Sektor, und dazu stagnierende oder fallende Löhne haben den Unterschied zwischen Arm und Reich extrem vergrößert.

Mit dem Sieg Jeremy Corbyns als Vorsitzender der Labour Party hat die brodelnde Wut Ausdruck

wenn es kein klares sozialistisches Programm ist: es forderte eine Rückverstaatlichung von Teilen der Eisenbahnen, Gas, Strom und Wasser, einen 10€ Mindestlohn, Obergrenzen für Mieten und vieles mehr, was vor allem ArbeiterInnen helfen würde. Dies bedeutete einen Bruch mit dem neo-liberalen Kurs der Blair-Clique. Die Antwort war elektrisierend. Wahlkampfveranstaltungen schienen immer mehr wie Festivals. Das Resultat ist ein gewaltiger Schlag gegen die Blairites in der Labour Party. Sie hatten die letzten 2 Jahre versucht, Corbyn loszuwerden. Sie sagten, er sei unwählbar. Nun sind sie gezwungen, ihre Fehler einzugestehen: Labour

Bündnispartnerin - und das macht dem Establishment Sorgen. Viele in der Linken sahen das Brexit-Votum als Zeichen eines Rechtsrucks. Wir stimmen dem nicht zu. Unsere Analyse hat sich bestätigt: Tory-Premier Cameron ist zurückgetreten und die UKIP ist implodiert. Das Brexit-Votum war zu einem großen Teil eine Revolte der ArbeiterInnenklasse gegen das Establishment. Die wahren Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft haben sich in der Popularität der Bewegung um Corbyn gezeigt.

Sowohl vor als auch nach der Wahl gab es schwerwiegende Ereignisse, die das Versagen der Politik von „New Labour“ und Tories zeigten. So sahen wir schreckliche

Noch deutlicher wurden die Folgen der Kürzungspolitik beim grauenhaften Brand des Grenfell-Towers in West London. Das Feuer wurde zum Symbol für den immer größer werdenden Spalt zwischen Arm und Reich. Das Gebäude ging in Flammen auf, weil schlechte Baumaterialien verwendet wurden. Seit der Blair-Regierung wurden Feuerschutz-Bestimmungen gelockert. Die BewohnerInnen haben nun den Preis mit ihrem Leben bezahlt. Als May Grenfell besuchte, traf sie nicht die Betroffenen. Bei einem zweiten Besuch wurde sie unter „Mörderin“ und „Feigling“-Rufen verjagt.

Die Hauptaufgabe ist nun, die Bewegung der Wahlkampagne weiterzuführen. Der Konflikt, welcher sich, seit Corbyn zum Vorsitzenden

Paul Hunt,

Socialist Party England & Wales
www.socialistparty.co.uk

Marokko: Kampf für soziale Gerechtigkeit

Die Menschen in Marokko gehen auf die Barrikaden. Seit Monaten demonstrieren sie gegen die soziale Misere, fehlende Infrastruktur und Perspektivlosigkeit. Die Monarchie und Regierung antworten mit massiver staatlicher Repression. Zentrum der Proteste ist der Norden und der Rif, ein Ort mit einer langen kämpferischen Tradition. Gleichzeitig ist die Berber-Region wirtschaftlich am Boden: 63% der Bevölkerung haben offiziell keine Arbeit. Als im Oktober 2016 ein Fischhändler während behördlicher Schikanen ums Leben kam, entfachten sich die Proteste, die bis heute anhalten. Ende Mai wird ein bekannter Anführer der Bewegung, der arbeitslose Nasser Zefzafi verhaftet – und die Proteste gegen die Regierung erreichen einen neuen Höhepunkt. „Wir sind die Kinder der Armen, die einfachen Leute, die auf die Straße gehen um nein zu sagen gegen die Ungleichheit und Tyrannei.“ – mit diesen Worten hatte Zafzafi den Charakter der Bewegung beschrieben. Tausende von Menschen protestieren täglich – nicht nur in Rif, sondern in zahlreichen Städten im ganzen Land. Linke Parteien, Basisinitiativen, Streikende, die Gewerkschaften, die Jugend und vor allem Frauen, die eine zentrale Rolle

spielen, sind auf der Straße für Gleichberechtigung, das Recht auf Arbeit, auf medizinische Versorgung, Bildung und gegen die steigende Repression. Hunderte werden festgenommen, 32 führende AktivistInnen wurden zu mehr als einem Jahr Haft verurteilt. Anfang Juni kam es zu einer der größten Demonstrationen der jüngeren Geschichte Marokkos.

Die Entwicklungen in Marokko könnten der Anfang einer neuen revolutionären Welle im Maghreb und folglich im Nahen Osten sein. Vor allem in Tunesien, aber auch in Ägypten nehmen kämpferische Streiks und Arbeitskämpfe zu. Eine erfolgreiche Bewegung oder gar der Sturz des marokkanischen Regimes könnte immense Ausstrahlungskraft auf die gesamte Region haben und auch über Spanien nach Europa schwappen. Dafür braucht es aber vor allem eine politische Kraft, die die Lehren aus dem arabischen Frühling gezogen hat: es reicht nicht, die Regierung auszutauschen. Es braucht einen Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die der Grund für das Elend und die Ausbeutung ist. So kann diesen Bewegungen Programm und Perspektive gegeben werden.

Stefan Gredler



Sieg durch Widerstand

Am 15. November 2014 sollen einige Menschen „Freiheitsberaubung“ an der irischen Vizepremierministerin Joan Burton begangen haben. In Wahrheit

und Anklagen. Der irische Staat veranstaltete eine Hetzjagd gegen die AktivistInnen. Ein Mitglied der konservativen Regierungspartei verglich die

einen fairen Prozess ging: z.B. haben Polizeibeamte durch Falschaussagen und inkorrekte Beweise manipuliert.

Die internationale Unterstützung des Protestes, unter anderem von Gewerkschaften und Linksparteien rund um die Welt, war überwältigend: Über 30 Protestaktionen wurden an einem internationalen Aktionstag in über 20 Ländern organisiert. Der Freispruch stärkt den Widerstand gegen die Kürzungssagenda der Regierung. Die Herrschenden werden zunehmend unsicher und die Linke in Irland erhebt sich. Sie zeigt, dass sozialer Protest wirkt, um dieses unterdrückerische System zu bekämpfen.

Simon Salzmann

Ein Freispruch für AktivistInnen im größten Schauprozess Irlands seit Jahrzehnten.

vollzogen diese Leute, unter anderem Mitglieder der Socialist Party (CWI in Irland), einen symbolischen Protestakt gegen die unsoziale Kürzungspolitik der Regierung und blockierten das Auto Burtons in einer friedlichen Sitzblockade.

Die Folge war eine Ansammlung von widersprüchlichen Vorwürfen

DemonstrantInnen sogar mit dem IS.

Nun wurden die AktivistInnen freigesprochen. Dies geschah auf dem Rücken einer starken Protestkampagne, getragen von ArbeiterInnen. Die Bewegung wuchs über die Grenzen des irischen Staates hinaus. Sie zeigte auf, dass es dem Staat nicht um

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Moskau: Gegen Delogierung

Im März beschloss das russische Parlament eine Gesetzesänderung, die es der Stadt Moskau erlaubt, hunderttausende Wohnungen abzureißen. Über eine Million Menschen sollen zwangsweise umgesiedelt werden. Als klar wurde, dass den BewohnerInnen kein angemessener Ersatz geboten wird und die eigentlichen Profiteure die Baukonzerne sind, bildeten sich Widerstandskomitees, die bereits Mitte Mai stark

genug waren, eine Demo mit 20.000 Menschen zu organisieren. Sotsialisticheskaya Alternativa (CWI in Russland) ist aktiv an dieser Kampagne beteiligt und hat im Juni eine Diskussion mit AktivistInnen verschiedener Regionen Moskaus organisiert. Dort, wo die BewohnerInnen gut organisiert sind, gelang es ihnen, ihre Häuser von der Abrissliste streichen zu lassen.

<http://Socialistworld.ru>

GB: Tories Out!

Am 1. Juli fand in London die Tories Out Demo statt, an der sich mehrere Zehntausende beteiligten. Sie forderten den Rücktritt der verhassten Regierung von Theresa May, nachdem Jeremy Corbyn die Hoffnung weckte, endlich mit der Kürzungspolitik Schluss zu machen. Die Socialist Party (CWI in GB) war auf der Demo stark vertreten und mit ihren Fahnen und Transparenten nicht zu übersehen. Es wurden

nicht nur hunderte Ausgaben der Zeitung verkauft, es traten auch fünf Personen noch auf der Kundgebung dem CWI bei. Die Socialist Party kritisierte die Untätigkeit des Gewerkschaftsdachverbands, und forderte ihn auf, beim Kampf gegen May die Führung zu übernehmen. Mit seinen 6 Millionen Mitgliedern wäre die Regierung in wenigen Monaten zum Rückzug gezwungen.

socialistparty.org.uk

Hong Kong

Socialist Action (CWI in Hong Kong) konnte im ersten Halbjahr 19 neue Mitglieder gewinnen. Der Einfluss der Organisation steigt und trägt zum Entstehen einer starken linken Kraft bei. Zwei Drittel der neuen Mitglieder sind Frauen, was einen großen Schritt vorwärts bedeutet. Es konnten Proteste mit Flüchtlingen, migrantischen ArbeiterInnen und Gewerkschaftern organisiert werden.

www.Chinaworker.info



Ein Jahr Aufbruch

Im Juni 2016 war es soweit: Nach langer Vorbereitung fand der Gründungskongress von Aufbruch statt. Über 1000 Leute machten die größte linke Konferenz in Österreich seit langem aus. 1000 Leute, die vor allem eine Einsicht einte, die auch das

bruch-Potential gut deutlich: Stäßenfeste, politische Stadtführungen, Kundgebungen... fast alles wurde gut angenommen und es gab viel Beteiligung. Sehr erfolgreich waren auch Aktionen wie die gegen die Kündigung einer Kollegin bei Mül-

Beispiel der Grazer Aufbruch-Gruppe. In Graz entstand im Frühjahr 2017 mit der Bewegung gegen das Murkraftwerk ein spannendes Arbeitsfeld für Aufbruch. Politische Arbeit in einer sozialen Bewegung verlangt viel von einer so

uns sich über Asyl-Fragen und besonders die Bewegung von 2015 politisiert. Wir können als Teil unserer Kampagne versuchen, Treffen von FlüchtlingsbetreuerInnen und Geflüchteten zu organisieren. Auf Demonstrationen, bei eigenen Aktio-

cherInnen zusammegetan und gemeinsam überlegt, wie sie weitere KollegInnen ansprechen und vor allem Widerstand organisieren könnten. Das sollten wir wiederaufleben lassen. „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ ist nach

Zum Geburtstag gilt es, aus den Fehlern zu lernen und das Potential zu nützen.

Motto der Konferenz war: „So wie bisher kann es nicht weitergehen!“. Klar war, dass dem ständigen Rechtsruck der bürgerlichen Parteien und den verstärkten Angriffen der Herrschenden auf unsere Lebensstandards seit Beginn der Krise eine linke Antwort entgegengestellt werden musste und immer noch muss. Sonst war eigentlich wenig klar für die AufbrecherInnen, wie sich besonders in den folgenden Wochen zeigte. Wollen wir eine neue Linkspartei werden? Wenn ja, wie kommen wir dahin? Wollen wir uns auf außerparlamentarischen Widerstand begrenzen? Wie könnte der aussehen? Leider wurden diese und andere Debatten kaum in organisierter und demokratischer Form geführt.

Trotzdem hatten sich fast 30 Gruppen bis zum Sommer gebildet. Rund um einen Aktionstag zum Thema Reichtum Mitte August wurde das Auf-

ler, die sich für einen Betriebsrat stark gemacht hatte. Die schnelle Mobilisierung von über 30 AufbrecherInnen binnen eines Tages zeigt die Schlagkraft, die Aufbruch hat, wenn sie richtig abgerufen wird. Beim Vorbereiten entstanden hier und da Strukturen, die tatsächlich arbeitsfähig und stabiler waren. So argumentierten wir auch damals schon: Struktur-Debatten sollten eben nicht statt praktischer Arbeit stattfinden, sondern entlang der Notwendigkeiten, die sich aus den praktischen Erfahrungen ergeben. Stattdessen gibt es leider oft eine ungesunde Arbeitsteilung zwischen Praxis und Theorie.

Heute, ein Jahr nach der Gründung, ist Aufbruch kleiner geworden. Es wäre aber falsch, die Gründe dafür in wenig erfolgreichen Strukturdebatten zu suchen. Worum es eigentlich geht, zeigt das

Beispiel der Grazer Aufbruch-Gruppe, aber die Herausforderung wurde angenommen. Mit eigenen Vorschlägen für Programm und Methode der Bewegung gelang es der Gruppe, einen linken Pol aufzubauen. Darüber ist die Gruppe gewachsen und konnte sich gleich ein Profil als aktivistische und kämpferische Kraft aufbauen. Die Bewegung hat sichtbar vom Aufbruch profitiert und die Gruppe auch von der Erfahrung. Diese Erfahrung und diese Aufbau-Möglichkeit brauchen wir in ganz Österreich. Bewegungen lassen sich aber kaum „starten“. Das „spontane Element“ sich frisch politisierender Leute lässt sich nicht künstlich herstellen. Wir können aber analysieren, wo Widerstand entstehen könnte und uns bewusst dort aufbauen.

Viele AufbrecherInnen sind im Sozialbereich tätig. Auch ha-ben viele von

nen und vor Unterküpfen können wir dafür mobilisieren.

Auf den Treffen können wir Aktionen planen und zwar in organisierter, längerfristig angelegter Form, denn die wird es brauchen. So ein Format würde die Chance verbessern, für Beschäftigte und Geflüchtete gleichermaßen Verbesserungen zu erkämpfen und gleichzeitig neue AktivistInnen für Aufbruch gewinnen. Diese Beispiele lassen sich auch auf Erwerbslose, DruckerInnen, SchülerInnen, UmweltaktivistInnen, feministische AktivistInnen und Andere übertragen, die in letzter Zeit durch Demos und Aktionen auf sich aufmerksam gemacht haben. Aufbruch sollte flexibel genug sein, um Widerstand gegen die Politik der Reichen, wo immer er ausbricht, unterstützen zu können.

Im Pflege-Bereich haben sich bereits Aufbre-

wie vor ein guter Slogan, um zu zeigen, dass genug für alle da ist - und um die erwähnten und andere Kämpfe zu verbinden. Das weitgehende Ausbleiben von sozialen Bewegungen macht den Aufbau von Aufbruch oft mühsam. Das ändert aber nichts daran, dass es notwendig ist, sich weiter für eine neue, starke Linke einzusetzen. Aus Sicht der SLP geht es darum, eine kämpferische, demokratische und sozialistische ArbeiterInnenpartei aufzubauen. Das betonen wir seit vielen Jahren. Ob Aufbruch ein Schritt in diese Richtung gelingt, bleibt offen. Sicher ist aber, dass dort ehrliche Kräfte am Werk sind, mit denen wir weiter zusammenarbeiten wollen.

Tilman M. Ruster,
SLP und Mitglied der
Aufbruch-Koordination
Alle Stellungnahmen der
SLP unter:
slp.at/themen/aufbruch

Der aktuelle SLP-Lesetipp

2017 jährt sich die Russische Revolution zum 100. Mal. Zu diesem Anlass legt der Manifest-Verlag ein verschollenes, aber beeindruckendes Dokument der damaligen Ereignisse wieder auf: Den Erlebnisbericht des Augenzeugen

einen Mann, der wohlwollend der Russischen Revolution gegenüber steht und mit Einfühlungsvermögen den Enthusiasmus und Heroismus, aber auch die Angst und die Zweifel der RevolutionärInnen und Bevölkerungen in sich

erInnen als Gast, den Matrosen als Genosse und der Konterrevolution als Verräter und Bolschewistenfreund gesehen, schließt er enge Freundschaften und wird zum Feind der Reaktion. Über 50 Abbildungen illustrieren seinen Weg durch das riesenhafte Land.

So ist dieses Buch vieles auf einmal: Abenteuerroman, Augenzeugenbericht und ein Zeugnis des Muts und der Entschlossenheit, mit der die Menschen des jungen Sowjetstaates ihre Revolution verteidigten.

Albert Rhys Williams:
„Durch die Russische Revolution“
222 S.,
50 z.T. farbige Abbildungen,
14,90 €
ISBN: 978-3-96156-011-0

Ein verschollenes Dokument der Oktoberrevolution 1917: Ein neu aufgelegter Augenzeugenbericht.

gen der Revolution Albert Rhys Williams. Williams war kein neutraler Beobachter. In den USA gehörte er der jungen sozialistischen Bewegung an und organisierte Unterstützung für die Arbeiterbewegung und sozialistische Präsidentschaftskandidaten. So finden wir in ihm

aufnimmt und in seinem Erlebnisbericht mit den LeserInnen teilt.

Er reiste während seiner Reise von Petrograd nach Wladiwostok und immer wieder gelingt es ihm, ins Herz der Ereignisse zu gelangen und damit auch manchmal direkt in die Schusslinie. Von den Bäu-

Warum bin ich immer noch in der SLP aktiv?

Täglich kriegt man Horrorbilder ins Wohnzimmer geliefert. Kriege, Flucht, Umweltkatastrophen uvm. Dazu kommt das eigene Leben. Ich und viele meiner "Generation" hatten vergleichsweise gute Startbedingungen: Job finden oder Studieren war Anfang der 90er noch viel leichter. Oft gab's Eltern, die einen unterstützen konnten. Trotzdem, und obwohl Österreich ein sehr reiches Land ist, tun sich viele meiner

FreundInnen schwer, werden arbeitslos, unterbezahlt oder krank. Wer keine "guten Startbedingen" hatte, kämpft noch härter. Viele meiner Freunde verdrängen: mit Rückzug auf die Familie ("wenigstens den Kindern was mitgeben"), Kiffen, Extremsport oder sonst wie. Alter macht "vernünftig", heißt es. Die Bürgerlichen nennen es "vernünftig" - meinen damit aber passives Erdulden. Die Geburt meiner Tochter

machte mich noch radikaler. Verdrängungsstrategien sind nicht nur ungesund. Sie sind auch Zeitverschwendung. Vernünftig ist es, den Einsatz für die Verbesserungen im eigenen Leben mit dem für weltweite Veränderung zu verbinden. Marxist sein und Mitglied bei SLP und CWI sein - das ist da echt das "Vernünftigste", was man machen kann.

Michael Gehmacher,
Flüchtlingsbetreuer, 45

Die SLP tritt an- Hilf uns dabei!



Viel ist zu tun in jedem Wahlkampf. Erst muss er inhaltlich und methodisch vorbereitet werden. Es müssen Unterstützungserklärungen gesammelt und schließlich der eigentliche Wahlkampf geführt werden. Bei uns geht es da nicht ums Kugelschreiber Verteilen, sondern um aktivistische Arbeit in Form von Demos, Anti-FPÖ Aktionen uvm. Dafür brauchen wir vor allem Aktivis-

tInnen, aber auch Geld. Pro Bundesland, in dem wir antreten wollen (OÖ und Wien), fallen allein 500€ als „Kopierkosten“ an, die wir den Behörden zahlen müssen. Um uns gegenseitig zu unterstützen, werden auch viele Reisekosten zusammenkommen. Wir brauchen also Eure Spenden!

IBAN:
AT 25600000000 8812733
BIC:
OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 19⁰⁰ Uhr
im 'Cuntra la Cultra'
Grieplatz 5

SLP Wien-West

jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15.; Preysinggasse 26 - 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SLP Brigittenau-Ost

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20.; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

SLP Brigittenau-West

jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im SLP-Büro
20.; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)



Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Andere über uns



Gar nicht erfreut war der FPÖ-nahe „Wochenblick“ über die Aktivitäten der SLP bei den Regenbogenparaden: während ORF, Wiener Zeitung und Kleine Zeitung von unserer Demo in Wien berichteten, klagte er über die Pride in Linz: "Agitatoren der Sozialistische Linkspartei (SLP) gaben der Homo-Gemeinde Parolen wie ‚Alerta Antifacista‘ vor“ - und veröffentlichte Bilder von SLP-AktivistInnen.

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24.-
Sozial-Abo: € 14.-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 25600000000 8812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Volles Haus beim SLP-Event in Linz

Mehr auf Seite 5

Kurz: Politiker der Superreichen!

Das „neue“ Gesicht der ÖVP steht für Politik gegen ArbeiterInnen, Arme und Jugendliche.

Es ist nicht lange her, da hat der staatstragende Außenminister Sebastian Kurz noch einen sexistischen Wahlkampf mit „Geilomobil“ geführt. Doch da ist kein Widerspruch. Ob als Reichensöhnchen oder staatsmännisch: Kurz ist Kämpfer für seine Klasse – die Klasse der KapitalistInnen. Kurz versucht, sich als jemand darzustellen, der „was Neues“ bringt. Doch ob alte oder neue ÖVP: Kurz ist brandgefährlich für al-

le, die einen Job brauchen, um leben zu können, die keinen Job haben und von Sozialleistungen abhängig sind, die alt oder krank sind, für alle Armutsbetroffenen – also für die ArbeiterInnenklasse. Er faselt von längeren Öffnungszeiten für Hausärzte und Fotos auf der e-card. Übersetzt heißt das: Schließung von Spitälern, Jobabbau und Lohnkürzung im Gesundheitswesen, Privatisierung und bessere Gesundheitsversorgung für Wohlhaben-

de. Er will 14 Milliarden Euro bei Sozialem kürzen. Diesen Sozialkahl-schlag nennt er „Entlastung“. Um von den Folgen seines Kürzungswahns abzulenken, hetzt er gegen Flüchtlinge in bester FPÖ-Tradition. Wenn wir weiter gegen Sozialabbau und Rassismus kämpfen, tun wir das insbesondere gegen Kurz als besonders gefährlichen Feind aller Lohnabhängigen und Armen, egal welcher Herkunft.

Helga Schröder



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umwelterstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umwelterstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.